

1 Allgemeines – Geltungsbereich

- 1.1 Die Liefer- und Leistungsbedingungen der Littau GmbH, Kiebitzreihe (im Folgenden: der Auftragnehmer) gelten nur gegenüber Unternehmen i. S. des § 14 Abs. 1 BGB, juristischen Personen des öffentlichen Rechts und öffentlich rechtlichen Sondervermögen i. S. des § 310 Abs. 1 BGB.
- 1.2 Die Liefer- und Leistungsbedingungen des Auftragnehmers gelten für diese Personen ausschließlich; entgegenstehende oder von diesen Bedingungen abweichende Bedingungen des Auftraggebers erkennt der Auftragnehmer nicht an, es sei denn, er hat dies schriftlich dem Auftraggeber zugestimmt. Die Liefer- und Leistungsbedingungen des Auftragnehmers gelten auch dann, wenn er in Kenntnis entgegenstehender oder von seinen Liefer- und Leistungsbedingungen abweichender Bedingungen des Auftraggebers einschließlich etwaiger Vergaberichtlinien öffentlich-rechtlicher Körperschaften die Lieferung oder Leistung an den Auftraggeber vorbehaltlos ausführt.
- 1.3 Die Liefer- und Leistungsbedingungen des Auftragnehmers gelten auch für alle künftigen Geschäfte mit dem Auftraggeber im Rahmen seiner Tätigkeit aus laufender Geschäftsbeziehung.
- 1.4 Alle Vereinbarungen, die zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber zwecks Ausführung getroffen werden, sind in einem Vertrag schriftlich niederzulegen. Änderungen, Ergänzungen oder Erweiterungen des Umfangs dieses Vertrages bedürfen der Schriftform.
- 1.5 Lieferungen im Sinne dieser AGB sind Lieferungen von Produkten für Industrie und Schiffbau, für Produkte von Dritten sowie Ersatzteillieferungen.
- 1.6 Leistungen im Sinne dieser AGB sind insbesondere Projektierung, Planung, Installationen, Montageleistungen, Instandsetzungen, Reparaturen, Änderungen, Revisionen, Inspektionen sowie die Erstellung von Software oder Beratungsleistungen. Für Leistungen gelten ergänzend die Ergänzenden Bedingungen für Leistungen (Stand 01/2013) des Auftragnehmers.

2 Vertragsschluss / Unterlagen

- 2.1 Verträge mit dem Auftragnehmer kommen erst zustande, wenn er ihm zugegangene Aufträge / Bestellungen schriftlich angenommen oder die vom Auftraggeber bestellten Liefergegenstände oder Leistungen ausgeliefert oder erbracht hat. Dieses gilt für Aufträge des Auftraggebers, die auf Ergänzungen, Änderungen oder Erweiterungen des Umfangs von Verträgen gerichtet sind, entsprechend.
- 2.2 Die dem Auftraggeber gemachten Angaben und zuzüglich gemachten Unterlagen enthalten nur branchenübliche Annäherungswerte und sind insbesondere keine Beschaffenheitsgarantien. Die Angabe von Messwerten (z. B. Leistungen, Kraftbedarf, Reichweiten, Messgenauigkeiten etc.) verstehen sich ohne Einwirkung etwaiger Interferenzen oder sonstiger Störungen aus der Umwelt und sind nur dann verbindlich, wenn sie ausdrücklich Inhalt des Vertrages werden.
- 2.3 An allen oben genannten Unterlagen behält sich der Auftragnehmer Eigentums-, Urheber- und sonstige Rechte vor. Ohne dessen schriftliche Einwilligung dürfen die oben genannten Unterlagen in keiner Weise zu vertragsfremden Zwecken benutzt, insbesondere Dritten zugänglich gemacht werden. Auf Verlangen sind sie dem Auftragnehmer unverzüglich zurückzugeben.
- 2.4 Wenn sich aus dem Angebot des Auftragnehmers nichts anderes ergibt, ist dieses unverbindlich.
- 2.5 Ein Kostenvoranschlag für Leistungen wird auf Wunsch des Auftraggebers durch den Auftragnehmer erstellt. Kostenvoranschläge sind unverbindlich. Wird in angemessener Frist ein Auftrag für eine Leistung nicht erteilt, so braucht ein gegebenenfalls untersuchter Gegenstand nicht mehr in den Ursprungszustand zurückversetzt werden, wenn es technisch oder wirtschaftlich nicht vertretbar ist. Die Kosten für die Zurückversetzung in den Ursprungszustand trägt der Auftraggeber.

3 Preise

- 3.1 Die Preise des Auftragnehmers für Lieferungen verstehen sich netto in EURO ab zuständigem Werk ausschließlich Kosten für Verpackung, sonstiger Nebenkosten (z. B. Installation und/oder Inbetriebsetzung) zuzüglich Umsatzsteuer in ihrer jeweiligen gesetzlichen Höhe.
- 3.2 Die Preise des Auftragnehmers für Leistungen verstehen sich netto in EURO zuzüglich Umsatzsteuer in ihrer jeweiligen gesetzlichen Höhe. Die Preisberechnung für Leistungen erfolgt nach Zeit und Aufwand, sofern nicht vereinbart ist, die Leistung zu Pauschalpreisen oder nach Aufwand zu erbringen. Es gelten die gültigen Verrechnungs- und Auslösesätze des Auftragnehmers zuzüglich angefallener Nebenkosten. Es sind die Ziffern 1.3.1-1.3.4 der Ergänzenden Bedingungen für Leistungen zu beachten.
- 3.3 Die vereinbarten Preise gelten nur für den jeweiligen Auftrag.

4 Fristen / Termine

- 4.1 Die Liefer- und Leistungsfristen des Auftragnehmers sind stets unverbindlich, sofern sie nicht ausdrücklich vom Auftraggeber als verbindlich bestätigt worden sind. Soweit nichts anderes vereinbart ist, beginnt die Liefer- bzw. Leistungsfrist mit der Absendung der Auftragsbestätigung, jedoch nicht vor der Beibringung der vom Auftraggeber zu beschaffenden Unterlagen, Genehmigungen, Freigaben, Klarstellungen, rechtzeitiger Erfüllung seiner Mitwirkungsverpflichtungen sowie vor Eingang einer vereinbarten Anzahlung.
- 4.2 Die Lieferfrist ist eingehalten, wenn bis zu ihrem Ablauf der Liefergegenstand das Werk des Auftragnehmers verlassen hat oder die Versandbereitschaft dem Auftraggeber mitgeteilt ist.
- 4.3 Die Leistungsfrist gilt als eingehalten, wenn die Leistungen innerhalb der vereinbarten Termine und Fristen ausgeführt worden sind. Sie gelten auch als eingehalten, wenn noch kleinere Nacharbeiten erforderlich sind, sofern die Betriebsbereitschaft nicht beeinträchtigt ist.
- 4.4 Die Liefer- und Leistungsfrist verlängert sich um die Dauer der Behinderung zuzüglich einer angemessenen Anlaufzeit im Falle höherer Gewalt oder anderer vom Auftragnehmer nicht zu vertretender und unvorhersehbarer Umstände, wie z.B. Arbeitskämpfe, Naturkatastrophen, Rohstoffbeschaffungsschwierigkeiten, nicht rechtzeitige Belieferung durch Unterlieferanten. Dies gilt auch für Leistungen, deren Umfang höher ist, als zunächst angenommen wurde. Diese Umstände sind auch dann vom Auftragnehmer nicht zu vertreten, wenn sie während eines bereits vorliegenden Verzuges entstehen. Dauert die Behinderung länger als 6 Monate, so sind der Auftragnehmer und der Auftraggeber berechtigt, nach Ablauf einer weiteren angemessenen Nachfrist vom Vertrag zurückzutreten. In diesem Fall kann der Auftragnehmer vom Auftraggeber die für die Zeit bis zur Erstellung der Arbeiten entstandenen Aufwendungen gemäß Abschnitt 1.3 der Ergänzenden Bedingungen für Leistungen verlangen. Schadensersatzansprüche sind in diesem Fall ausgeschlossen. Eine angemessene Verlängerung der Liefer- und Leistungsfrist steht dem Auftragnehmer auch dann zu, wenn dieser Änderungen, Ergänzungen oder Erweiterungen des Umfangs auf Wunsch des Auftraggebers ausführt.
- 4.5 Verzögert sich die Leistungserbringung oder die Lieferung durch Umstände, insbesondere durch verspätete Beistellungen, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat (Gläubigerverzug), so hat der Auftraggeber die Mehrkosten zu tragen.
- 4.6 Setzt der Auftraggeber dem Auftragnehmer nach dessen Verzug eine angemessene Frist, so ist er nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist berechtigt, vom Vertrag zurückzutreten; Schadensersatzansprüche wegen Nichterfüllung stehen dem Auftraggeber in diesem Fall nur zu, wenn der Verzug auf Vorsatz oder grober Fahrlässigkeit oder der fahrlässigen erheblichen Pflichtverletzung des Auftragnehmers beruht. Diese Haftungsbegrenzungen gelten nicht, sofern ein kaufmännisches Fixgeschäft vereinbart wurde; gleiches gilt dann, wenn der Auftraggeber wegen des vom Auftragnehmer zu vertretenden Verzuges geltend machen kann, dass sein Interesse an der Vertragserfüllung weggefallen ist. In diesen Fällen ist die Haftung auf den vertragstypischen und vorhersehbaren Schaden begrenzt, soweit dem Auftragnehmer nicht Vorsatz vorgeworfen werden kann.
- 4.7 Kommt der Auftragnehmer in Verzug, kann der Auftraggeber – sofern er glaubhaft machen kann, dass ihm hieraus Schaden entstanden ist – höchstens eine Entschädigung für jede vollendete Woche des Verzuges von je 0,5 %, insgesamt jedoch höchstens 5 % des Preises für den Teil der Leistung verlangen, der wegen des Verzuges nicht in zweckdienlichen Betrieb genommen werden konnte, es sei denn, der Auftragnehmer hat den Verzug vorsätzlich oder grob fahrlässig verursacht.
- 4.8 Wird der Versand auf Wunsch des Auftraggebers verzögert, so werden ihm nach einem Monat nach Anzeige der Versandbereitschaft die durch die Lagerung entstandenen Kosten, bei Lagerung im Werk des Auftragnehmers jedoch 0,5 Prozent des Rechnungsbetrages/Monat berechnet. Weitere Ansprüche bleiben dem Auftragnehmer vorbehalten.

5 Annahme

- 5.1 Der Auftraggeber hat bei Fälligkeit die Lieferung / Leistung des Auftragnehmers unverzüglich nach Aufforderung durch den Auftragnehmer anzunehmen. Diese Annahmeverpflichtung ist Hauptpflicht des Auftraggebers. Der Auftraggeber darf die Annahme von Lieferungen oder Leistungen wegen unerheblicher Mängel nicht verweigern.
- 5.2 Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der Lieferung / Leistung in Verzug, so ist der Auftragnehmer berechtigt, nach Ablauf einer von ihm gesetzten angemessenen Frist die Erfüllung des Vertrages zu verweigern und Schadensersatz wegen Nichterfüllung zu verlangen. Der Auftragnehmer ist berechtigt, entweder den tatsächlich entstandenen Schaden oder - ohne Nachweis eines Schadens - je vollendeter Woche des Annahmeverzuges einen Betrag in Höhe von 1,5%, maximal jedoch von 10% des vereinbarten Preises zu berechnen.

6 Abnahme

- 6.1 Eine Abnahme der Lieferung oder Leistung erfolgt nur, wenn dies schriftlich vereinbart wurde oder gesetzlich vorgesehen ist. Ist eine Abnahme vorgesehen, meldet der Auftragnehmer dem Auftraggeber schriftlich die Abnahmebereitschaft. Die Abnahme ist sodann innerhalb einer Frist von 14 Tagen durchzuführen. Sie darf nicht wegen solcher Mängel verweigert werden, die die Funktionsfähigkeit des Liefer- bzw. Leistungsgegenstandes nicht oder nur unerheblich beeinträchtigen. Erfolgt die Abnahme aus Gründen, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, nicht innerhalb einer Frist von 14 Tagen ab Meldung der Abnahmebereitschaft, so gilt die Abnahme mit Ablauf dieser Frist als erfolgt.
- 6.2 Die Abnahme der Leistung gilt auch als erfolgt, sobald der Auftraggeber den Leistungsgegenstand in Betrieb genommen hat.

1 General – Scope

- 1.1 The Terms and Conditions of Delivery and Services of the Littau GmbH, Kiebitzreihe (hereinafter 'the contractor') are applicable only to enterprises covered by Article 14, Section 1, of the German Civil Code, to legal persons under public law and to public law special funds covered by Article 310, Section 1, of the German Civil Code.
- 1.2 The terms and conditions of delivery and services of the contractor are exclusively applicable to these enterprises. Any conflicting conditions, or conditions of the ordering party deviating from these conditions, will not be recognized by the contractor, unless he has expressly, and in writing, agreed to their applicability. The terms and conditions of delivery and services of the contractor apply even in those cases, where the contractor, aware of conflicting conditions, or conditions of the ordering party deviating from his own conditions, including possible award guidelines by corporations under public law, unconditionally performs deliveries to, or services for the ordering party.
- 1.3 The terms and conditions of delivery and services of the contractor will also apply to all future business transactions with the ordering party within the framework of his activities resulting from current business relations.
- 1.4 All agreements reached between the contractor and the ordering party must be laid down in a written contract. Any modifications, additions or extensions of the scope of this contract are valid only when confirmed in writing.
- 1.5 Deliveries in the sense of these conditions are supplies comprised of products for industrial and shipbuilding, of products for third parties and of spare parts.
- 1.6 Services in the sense of these conditions are predominantly comprised of planning, installation, erection, overhaul, repair, modification, revision and inspection operations, as well as the preparation of software or the provision of advisory services. Services are furthermore subject to the Supplementary Conditions for Services (issue 01/2013) of the contractor.

2 Conclusion of agreement/Documents

- 2.1 Agreements concluded with the contractor enter into force only, after the orders received by the contractor have been confirmed in writing, or the supplies or services ordered have been delivered or performed, respectively. The same applies to requests by the ordering party aimed at supplementing, modifying or extending agreements.
- 2.2 Data submitted to the ordering party, or documents made available to the ordering party represent only conventional and approximate trade data and are no quality guarantees. Measured values (e.g. performances, power requirements, range measuring accuracies, etc.) are stated without taking into account the effects of possible interferences and other disturbances resulting from environmental sources, and are binding only if expressly made part of the agreement.
- 2.3 The contractor reserves all proprietary rights, copyrights and other rights regarding the above data and documents. Without his written consent such data and documents must not be used for purposes outside the agreement and must not be divulged to third parties. Upon request, such documents must be returned to the contractor.
- 2.4 If not stated otherwise in the offer submitted by the contractor, offers are not binding.
- 2.5 A cost estimate covering the services in question will be prepared and submitted by the contractor if requested by the ordering party. Cost estimates are not binding. If no order is placed after a reasonable period of time has passed, an object subjected to inspection does not need to be returned to its initial condition when this is deemed technically or economically unjustified. Any costs arising from returning the object to its initial condition are borne by the ordering party.

3 Prices

- 3.1 Prices of the contractor for deliveries are quoted net cash in EURO, ex the respective works, excluding the price of package and other incidental costs (such as for installation and/or commissioning), plus turnover tax as legally applicable.
- 3.2 The prices of the contractor for services provided are quoted in EURO, plus the applicable legal turnover tax. The price calculation for services is based on time and expenses, unless it was agreed to provide the services for a lump sum or per unit. Invoiced are the applicable cost rates and allowance rates of the contractor, plus any incidental costs incurred. Articles 1.3.1 – 1.3.4 of the Supplementary Conditions for Services also apply.
- 3.3 The agreed prices apply only to the order in hand.

4 Time limits / Deadlines

- 4.1 The delivery times and times of performance of the contractor are in all cases without engagement, unless expressly confirmed as binding by the ordering party. If not otherwise agreed, the delivery time or time of performance commences with the mailing of the order confirmation, but not before the documents, approvals, releases and clarifications to be made available by the ordering party have been produced, his duties of cooperation have been fulfilled, and any agreed down-payment has been received.
- 4.2 The delivery time has been observed, when the item to be delivered has left the works of the contractor, or when the ordering party has received a ready-for-shipment note, before the delivery time has elapsed.
- 4.3 The time of performance has been observed when the services have been provided within the agreed time limits. The time of performance is also deemed to have been observed, when minor reworking operations are required, provided the readiness to operate is not impaired.
- 4.4 The delivery time and time of performance is extended by the duration of the hindrance, plus a reasonable lead time, in the event of an Act of God or other events outside the control of the contractor, such as industrial actions, natural disasters, difficulties in the procurement of raw materials and failure by subcontractors to deliver in time. This applies also to services whose scope is larger than initially assumed. Neither can the contractor be held responsible for such events if they occur in the course of an already existing delay in performance. If the duration of the hindrance exceeds three months, both the contractor and the ordering party have the right to terminate the agreement after a further reasonable period of grace has elapsed. In this case the contractor, in accordance with article 1.3 of the Supplementary General Conditions for Services Abroad, can demand from the ordering party the reimbursement of the expenses incurred in the period up to the stoppage of the work. In this case no damages can be claimed. The contractor is also entitled to a reasonable extension of the delivery time and time of performance if asked by the ordering party to modify, add to or extend the scope of the deliveries or services involved.
- 4.5 If deliveries or the provision of services are delayed due to events beyond the control of the contractor (creditor's delay), especially belated supplies, any extra costs are to be borne by the ordering party.
- 4.6 If, following a delay in performance, the ordering party sets the contractor a reasonable deadline, the ordering party is entitled to terminate the agreement, if the deadline has passed without positive action by the contractor. In this case, the ordering party is entitled to damages for non-performance only, if the delay is the result of intent, gross negligence or grossly negligent violation of professional ethics on the part of the contractor. Such restricted liabilities do not apply if a firm deal has been agreed, and the same applies if the ordering party, because of the delay on the part of the contractor, can assert that its interest in the fulfillment of the agreement has become obsolete. In these cases liability is restricted to the agreement-typical and foreseeable damage, provided the contractor cannot be accused of intent.

- 4.7 If the contractor defaults, the ordering party, if it is in a position to authenticate any damage suffered, can demand compensation amounting to a max. of 0.5 per cent for every full week of the delay, with this amount limited to a max. of 5 per cent of the price of that part of the deliveries that could not be put into operation because of the delay, unless the contractor has caused the delay willfully or in a grossly negligent manner.

- 4.8 If the ordering party requests a delay in delivery, storage costs incurred by the storage will be charged starting one month after the ready-for-shipment note has been sent out. Storage costs amounting to 0.5 per cent of the invoiced amount per month will be charged, however, if the deliveries are stored at the premises of the contractor. The contractor reserves the right to put forward further claims.

5 Acceptance

- 5.1 When due, and at the request of the contractor, the ordering party has to accept the deliveries/services to be provided by the contractor without delay. The obligation to accept the deliveries and services is the main obligation of the ordering party. The ordering party must not refuse the acceptance of deliveries or services on account of minor defects.
- 5.2 If the ordering party defaults in its obligation to accept the deliveries or services, the contractor has the right, after the expiration of a reasonable period of time set by him, to refuse the performance of the agreement, or to claim compensation for non-performance. The contractor has the right to either invoice the damage incurred or, without furnishing proof of damage, to charge 1.5 per cent of the agreed price for each full week of the delay of acceptance, with this amount limited to a total of 10 per cent of the agreed price.

6 Delivery

- 6.1 Deliveries or services will be accepted only, if this was agreed in writing or is legally provided for. If acceptance was agreed, the contractor notifies the ordering party in writing about the readiness of the deliveries or services for acceptance. Acceptance has to occur within a period of 14 days. Acceptance must not be refused on account of defects that will not, or only insignificantly, impair the operability of the supplies. If for reasons beyond the control of the contractor, acceptance is not effected within a period of 14 days following the notification about the readiness for acceptance, the deliveries or services will be considered as accepted upon expiration of this period.
- 6.2 The deliveries and services will also be considered as accepted, as soon as the ordering party has put the delivered item into operation.

- 6.3 Ist eine Abnahmeprüfung des Liefergegenstandes vorgesehen, so hat sie in den Fabrikationsstätten des Auftragnehmers zu erfolgen, sofern sich aus dem Vertragsverhältnis nichts anderes ergibt. Die Abnahme ist erfolgt, wenn der Auftraggeber bis zur Beendigung der Prüfung berechnete und wesentliche Beanstandungen nicht geltend macht.
- 6.4 Verzicht der Auftraggeber auf eine vereinbarte Abnahme oder ist er trotz rechtzeitiger Benachrichtigung bei der Abnahme aus Gründen, die er zu vertreten hat, nicht anwesend, so gilt die Prüfung durch den Auftragnehmer als Abnahme.
- 6.5 Die Kosten der Abnahme trägt der Auftraggeber.
- 7 Gefahrübergang**
- 7.1 Gefahrübergang bei Lieferungen
- a) Der Auftragnehmer ist zu Teillieferungen berechtigt, soweit dem nicht ein erkennbares berechtigtes Interesse des Auftraggebers entgegensteht.
- b) Es gilt „ex works“ (INCOTERMS 2000), und zwar auch dann, wenn Teillieferungen erfolgen oder der Auftragnehmer noch andere Leistungen, z. B. die Versandkosten oder Anfuhr, Montage und Aufstellung, übernommen hat. Auf ausdrücklichen Wunsch des Auftraggebers wird der Auftragnehmer auf Kosten des Auftraggebers die Sendung gegen Diebstahl, Bruch-, Transport-, Feuer- und Wasserschäden sowie sonstige versicherbare Risiken versichern.
- c) Nimmt der Auftragnehmer Gegenstände für den Auftraggeber in Gewahrsam, so erfolgt die Verwahrung auf dessen Kosten und Gefahr. Sofern nichts anderes vereinbart ist, ist der Auftraggeber verpflichtet, an den Auftragnehmer für die Lagerung die dafür übliche Vergütung eines gewerblichen Lagerhalters zu zahlen.
- d) Ist eine Abnahme vereinbart, so gilt diese nicht als Zeitpunkt des Gefahrübergangs, es sei denn, es handelt sich um einen Werkvertrag.
- 7.2 Gefahrübergang bei Leistungen
- 7.2.1 Gefahrübergang bei Leistungen vor Ort
- a) Die Gefahr der Beschädigung oder des Untergangs des Leistungsgegenstandes sowie der Verschlechterung der Arbeiten geht auf den Auftraggeber an dem Tage der Übernahme in den eigenen Betrieb über, sofern dies unverzüglich an die betriebsbereite Leistungserbringung anschließt, soweit ein Probetrieb vereinbart ist, nach einwandfreiem Probetrieb.
- b) Vom Auftraggeber beigestellte Gegenstände und Materialien übernimmt der Auftragnehmer entsprechend den insoweit getroffenen Vereinbarungen in seine Obhut. Die Gefahr des zufälligen Untergangs und der zufälligen Verschlechterung für diese Gegenstände und Materialien verbleibt beim Auftraggeber. Für Schäden, die vom Auftragnehmer zu vertreten sind, gilt Ziff. 11.
- c) Nimmt der Auftraggeber das Angebot eines Probetriebes oder die Übernahme im eigenen Betrieb nicht an, so geht nach Ablauf von 14 Tagen nach diesem Angebot die Gefahr für die Zeit der Verzögerung auf den Auftraggeber über.
- d) Wird durch Umstände, die der Auftragnehmer nicht zu vertreten hat, der Beginn der Arbeiten um mehr als 14 Tage verzögert, unterbrochen oder eingestellt, so geht die Gefahr für die bereits erbrachte Leistung für die Dauer der Verzögerung, Unterbrechung bzw. der Einstellung auf den Auftraggeber über.
- 7.2.2 Gefahrübergang bei Leistungen im Werk
- a) Wird die Leistungserbringung beim Auftraggeber oder seinen Erfüllungsgehilfen ausgeführt, so hat der Auftraggeber den Leistungsgegenstand dem Auftragnehmer auf eigene Kosten und Gefahr rechtzeitig zuzusenden.
- b) Sind Gegenstände des Auftraggebers vom Auftragnehmer übernommen worden, werden diese an den Auftraggeber auf dessen Kosten und Gefahr nach Erbringung der Leistung zurückgesendet.
- c) Verzögert sich die Versendung aufgrund eines vom Auftraggeber zu vertretenden Umstandes oder erfolgt die Versendung auf Wunsch des Auftraggebers zu einem späteren als dem vereinbarten Fertigstellungstermin, so geht die Gefahr am Tage der Mitteilung der Versandbereitschaft auf den Auftraggeber über. Gleiches gilt bei Verzögerungen oder Behinderungen im Falle von höherer Gewalt oder anderer vom Auftragnehmer nicht zu vertretender und unvorhergesehener Umstände.
- d) Sofern statt Versendung Abholung vereinbart ist, sind nach Leistungserbringung die Gegenstände innerhalb von 14 Tagen nach Benachrichtigung des Auftraggebers durch diesen abzuholen. Geschieht dies nicht, werden sie ohne besondere Anündigung an den Auftraggeber auf dessen Kosten und Gefahr zurückgesendet.
- 8 Eigentumsvorbehalt**
- 8.1 Der Auftragnehmer behält sich das Eigentum an den von ihm gelieferten Gegenständen bis zum Eingang aller Zahlungen aus der Geschäftsverbindung mit dem Auftraggeber vor. Bei vertragswidrigem Verhalten des Auftraggebers, insbesondere bei Zahlungsverzug trotz Fristsetzung, ist der Auftragnehmer berechtigt, die Vorbehaltsware zurückzunehmen. In der Pfändung der Vorbehaltsware durch den Auftragnehmer liegt stets ein Rücktritt vom Vertrag. Der Auftragnehmer ist nach Rücknahme der Vorbehaltsware zu deren Verwendung befugt, der Verwertungserlös ist auf die Verbindlichkeit des Auftraggebers – abzüglich angemessener Verwertungskosten – anzurechnen. Der Auftraggeber ist zur Herausgabe der Vorbehaltsware verpflichtet.
- 8.2 Der Auftraggeber ist verpflichtet, die Vorbehaltsware pfleglich zu behandeln; insbesondere ist er verpflichtet, diese auf eigene Kosten gegen Feuer-, Wasser- und Diebstahlschäden ausreichend zum Neuwert zu versichern.
- 8.3 Bei Pfändungen oder sonstigen Eingriffen Dritter hat der Auftraggeber den Auftragnehmer unverzüglich schriftlich zu benachrichtigen. Soweit der Dritte nicht in der Lage ist, dem Auftragnehmer die gerichtlichen und außergerichtlichen Kosten einer Klage gemäß § 771 ZPO zu erstatten, haftet der Auftraggeber für den dem Auftragnehmer entstandenen Ausfall.
- 8.4 Der Auftraggeber ist berechtigt, die Vorbehaltsware im ordentlichen Geschäftsgang weiter zu verkaufen und zu veräußern; er tritt dem Auftragnehmer bereits jetzt alle Forderungen in Höhe des Rechnungs-Endbetrages (einschl. Umsatzsteuer) ab, die ihm gegen seine Abnehmer oder Dritte erwachsen, und zwar unabhängig davon, ob die Vorbehaltsware ohne oder nach Bearbeitung weiterverkauft worden ist. Zur Einziehung dieser Forderungen bleibt der Auftraggeber auch nach Abtretung ermächtigt. Die Befugnis des Auftragnehmers, die Forderungen selbst einzuziehen, bleibt unberührt. Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die Forderungen nicht einzuziehen, solange der Auftraggeber seiner Zahlungsverpflichtung aus den vereinnahmten Erlösen nachkommt, nicht in Zahlungsverzug gerät und insbesondere kein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenz- oder Vergleichsverfahrens gestellt ist oder Zahlungsverzug vorliegt. Ist dies aber der Fall, so kann der Auftragnehmer verlangen, dass der Auftraggeber ihm die abgetretenen Forderungen und deren Schuldner bekannt gibt, alle zum Einzug erforderlichen Angaben macht, die dazugehörigen Unterlagen aushändigt und dem Schuldner (Dritter) die Abtretung mitteilt.
- 8.5 Wird die Vorbehaltsware zusammen mit anderen Gegenständen weiter veräußert, ohne dass für die Vorbehaltsware ein Einzelpreis vereinbart wurde, so tritt der Auftraggeber dem Auftragnehmer mit Vorrang vor der übrigen Forderung denjenigen Teil der Gesamtforderung ab, der dem vom Auftragnehmer in Rechnung gestellten Preis der Vorbehaltsware entspricht.
- 8.6 Die Verarbeitung oder Umwidmung der Vorbehaltsware durch den Auftraggeber wird stets für den Auftragnehmer vorgenommen. Wird die Vorbehaltsware mit anderen, dem Auftragnehmer nicht gehörenden Gegenständen verarbeitet, so erwirbt der Auftragnehmer das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes der Vorbehaltsware zu den anderen verarbeiteten Gegenständen zur Zeit der Verarbeitung. Für die durch Verarbeitung entstehende Sache gilt im übrigen das gleiche wie für die unter Vorbehalt gelieferten Gegenstände.
- 8.7 Wird die Vorbehaltsware mit anderen, dem Auftragnehmer nicht gehörenden Gegenständen untrennbar vermischt, so erwirbt dieser das Miteigentum an der neuen Sache im Verhältnis des Wertes der Vorbehaltsware zu den anderen vermischten Gegenständen zum Zeitpunkt der Vermischung. Erfolgt die Vermischung in der Weise, dass die Sache des Auftraggebers als Hauptsache anzusehen ist, so gilt als vereinbart, dass der Auftraggeber dem Auftragnehmer anteilmäßig Miteigentum überträgt. Der Auftraggeber verwahrt das so entstandene Allein- oder Miteigentum für den Auftragnehmer.
- 8.8 Die Verwertungsvorschriften der Insolvenzordnung bleiben unberührt.
- 8.9 Der Auftraggeber tritt dem Auftragnehmer auch die Forderungen zur Sicherung der Forderungen gegen ihn ab, die durch die Verbindung der Vorbehaltsware mit einem Grundstück oder einem Schiff gegen eine Dritten erwachsen.
- 8.10 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, die ihm zustehenden Sicherheiten auf Verlangen des Auftraggebers insoweit freizugeben, als der Wert der Sicherheit die zu sichernden Forderungen um mehr als 20 % übersteigt; die Auswahl der freizugebenden Sicherheiten obliegt dem Auftragnehmer.
- 9 Zahlungen**
- 9.1 Sämtliche Zahlungen sind innerhalb von 10 Tagen nach Erhalt der jeweiligen Rechnung ohne jeden Abzug an den Auftraggeber zu leisten. Der Auftragnehmer ist berechtigt, Teilabrechnungen vorzunehmen. Zahlungsfristen gelten als eingehalten, wenn der Auftragnehmer innerhalb der festgelegten Frist über den Zahlbetrag verfügen kann.
- 9.2 Zahlungen des Auftraggebers an das Personal des Auftragnehmers haben gegenüber dem Auftragnehmer keine schuldbefreiende Wirkung. Ausnahmefälle bedürfen einer besonderen, schriftlichen Vereinbarung.
- 9.3 Wechsel nimmt der Auftragnehmer – wenn überhaupt - nur nach vorheriger, schriftlicher Vereinbarung und nur unter dem Vorbehalt ihrer Diskontierbarkeit und erfüllungshalber entgegen. Sämtliche Diskontspesen und sonstige Nebenkosten gehen zu Lasten des Auftraggebers und sind dem Auftragnehmer sofort zu vergüten. Eine Gutschrift von Wechsel- und Scheckbeträgen erfolgt erst, wenn dem Auftragnehmer ihr Gegenwert vorbehaltlos zu Verfügung steht.
- 9.4 Befindet sich der Auftraggeber ganz oder teilweise in Verzug, so ist der Auftragnehmer berechtigt, ab der zweiten Mahnung eine Mahnungsaufwandspauschale in Höhe von EUR 50,- pro Mahnung zu berechnen.
- 9.5 Des Weiteren ist der Auftragnehmer berechtigt, ab dem Zeitpunkt des Verzuges Verzugszinsen in Höhe von jährlich 8 Prozent über dem jeweiligen Basiszinssatz der Europäischen Zentralbank zu berechnen. Weitergehende Ansprüche bleiben dem Auftragnehmer vorbehalten.
- 6.3 If the deliveries are to be subjected to an acceptance test, such tests, unless otherwise agreed, are to be performed at the premises of the contractor. Acceptance has occurred, if the ordering party has not raised justified and substantial objections by the end of the acceptance test.
- 6.4 If the ordering party decides that an acceptance test is not required, or, despite being notified in good time, is not present at the acceptance test for reasons for which the contractor cannot be held responsible, the test performed by the contractor will be considered as a valid acceptance test.
- 6.5 The costs for the acceptance test are borne by the ordering party.
- 7 Passage of risk**
- 7.1 Passage of risk in the case of deliveries
- a) The ordering party is entitled to perform partial deliveries, unless this conflicts with justifiable interests of the ordering party.
- b) The passage of risk is understood "ex works" (INCOTERMS 2000), and this applies also in cases where partial deliveries are involved, or where the contractor has undertaken to perform additional services, such as payment of the delivery costs or transportation, and assembling and erection operations. If expressly required by the ordering party, the contractor, at the expense of the ordering party, will ensure the consignment against theft, breakage, damage caused during transit or by fire and water, as well as against other insurable risks.
- c) If the contractor accepts items of the ordering party for safekeeping, custody is at the expense and risk of the ordering party. If not otherwise agreed, the ordering party has to pay the contractor the price customarily charged by a commercial warehouse keeper for the storage of goods.
- d) If acceptance of the items to be delivered is agreed, the acceptance is not the point in time of the passage of risk, unless an agreement for work is involved.
- 7.2 Passage of risk in the case of services
- 7.2.1 Passage of risk in the case of services provided on-site
- a) The risk of damage or loss of the subject matter of the service, as well as of the deterioration of the work, passes to the ordering party on the day of transfer into its own works, provided this occurs immediately after the service has been provided, ready for operation. If a trial run has been agreed, the risk passes after the satisfactory completion of the trial run.
- b) Items and materials supplied by the ordering party will be taken care of by the contractor in accordance with the applicable terms of the agreement. The risk of accidental loss and accidental deterioration of the items and materials remains with the ordering party. Damage for which the contractor is liable is covered by article 11.
- c) If the ordering party does not accept the offer of a trial run or the transfer to its own works, the risk for the duration of the delay will pass to the ordering party 14 days after this offer has been made.
- d) If events beyond the control of the contractor cause the commencement of the work to be delayed, interrupted or stopped by more than 14 days, the risk of services already provided will pass to the ordering party for the duration of the delay, interruption or stoppage.
- 7.2.2 Passage of risk in the case of services performed at the works
- a) If the service is performed at the premises of the contractor or his assistants, the ordering party has to submit the subject matter of the service in good time and at its own expense and risk to the contractor.
- b) If items belonging to the ordering party have been taken over by the contractor, these items are to be returned to the ordering party at its expense and risk upon completion of the service.
- c) If the despatch of these items is delayed for reasons for which the ordering party is responsible, or if these items, upon request by the ordering party, are despatched later than the agreed completion date, the risk passes to the ordering party on the day the ordering party was notified about the readiness for despatch of these items. The same applies in the case of delays or hindrances caused by an Act of God or other events or circumstances beyond the control of the contractor.
- d) If collection instead of despatch was agreed, the ordering party, after performance of the service, has to collect the items within 14 days after being notified accordingly. If the ordering party fails to collect the items, these will be returned without further notice at the expense and risk of the ordering party.
- 8 Retention of title to ownership**
- 8.1 The contractor retains the title to the ownership of the items delivered by him until all payments resulting from the business transaction with the ordering party have been made. In the event of a violation of the agreement by the ordering party, especially in the case of delay in payment despite being set a deadline, the contractor has the right to take back the conditional commodity. Attachment of the conditional commodity by the contractor in all cases constitutes a termination of the agreement. After taking back the conditional commodity, the contractor is free to dispose of it, with the proceeds of the sale being offset against the accounts payable by the ordering parties, less reasonable sales costs. The ordering party is obliged to surrender the conditional commodity.
- 8.2 The ordering party has to treat the conditional commodity with care and to adequately insure it at its reinstatement value against damage by fire and water, as well as against theft.
- 8.3 The ordering party has to notify the contractor in writing without delay, in the case of attachment or any other interference by third parties. If the third party is not in a position to reimburse the contractor for the legal costs and out-of-court expenses of a law suit in accordance with article 771 of the Code of Civil Procedure, the ordering party is liable for the loss incurred by the contractor.
- 8.4 The ordering party has the right to sell the conditional commodity as part of its ordinary course of business. At this point in time the ordering party already assigns to the contractor all claims amounting to the final sum of the invoiced amount (including turnover tax) arising against its buyers or third parties, irrespective of whether the conditional commodity has been resold without processing or after processing. Even after the assignment, the right of collection remains with the ordering party. The contractor undertakes, however, not to collect any claims, as long as the ordering party meets its payments from the proceeds received, does not default in payment, and, as long as no petition in bankruptcy or for insolvency proceedings has been filed, or payments have been stopped. Should this be the case, however, the contractor has the right to demand that the ordering party provides information regarding the assigned claims and their debtors, provides all details required in connection with the collection, hands over the associated documents and informs the debtor (third party) of the assignment.
- 8.5 If the conditional commodity is sold together with other items without an individual price having been agreed for the conditional commodity, the ordering party assigns to the contractor that part of the total price claim, with precedence over the remaining claims, that is equivalent to the price of the conditional commodity invoiced by the contractor.
- 8.6 Processing or modification of the conditional commodity by the ordering party is, in all cases, effected on behalf of the contractor. If the conditional commodity is processed together with other items not belonging to the contractor, the contractor acquires joint ownership of the new objects in proportion to the value of the conditional commodity to the value of the other processed objects at the time of processing. The objects resulting from the processing operations are subject to the same terms as the items conditionally supplied.
- 8.7 If the conditional commodity is inseparably mixed with items not belonging to the contractor, the contractor acquires joint ownership of the new items in proportion to the value of the conditional commodity to the value of the other mixed items at the time the mixing occurred. If the items are mixed in such a way that the items of the ordering party constitute the predominant part, it is agreed that the ordering party transfers joint ownership to the contractor on a pro rata basis. The ordering party holds the sole or joint ownership in safe custody for the contractor.
- 8.8 The exploitation provisions of the insolvency regulations remain unaffected.
- 8.9 The ordering party also assigns to the contractor the claims safeguarding our claims against the ordering party, arising from the connection of the conditional commodity with real estate or a vessel against a third party.
- 8.10 Upon request by the ordering party, the contractor undertakes to release the securities to which he is entitled, insofar as the value of our security exceeds the claims to be secured by more than 20 per cent. The choice of the securities to be released is left to the discretion of the contractor.
- 9 Payments**
- 9.1 All payments to the contractor must be settled, without any deduction, within 14 days after receipt of the respective invoice. The contractor has the right to effect partial accounting. Time limits for payments are deemed to have been observed when the ordering party can dispose of the paid amount within the time stipulated.
- 9.2 Payments made by the ordering party to the personnel of the contractor do not absolve the ordering party from its debts. Exceptions require a special agreement in writing.
- 9.3 If at all prepared to do so, the contractor will accept bills of exchange only if agreed beforehand in writing, and only with the proviso of their discountability and on account of performance. All discount charges and other incidental expenses are to be borne by the ordering party and are to be reimbursed immediately. Crediting of the amounts of bill of exchange and cheques is effected only after the equivalent amount is unconditionally available to the contractor.
- 9.4 If the ordering party is in full or partial default, the contractor has the right to charge, as from the second reminder, an expense allowance of EUR 50.00 per reminder covering the administrative costs involved.
- 9.5 As from the date of defaulting, the contractor is furthermore entitled to charge interest on arrears amounting to an annual rate of 8 per cent above the base interest rate of the European Central Bank. The contractor retains the right to further claims.

- 9.6 Stellt der Auftraggeber seine Zahlungen ein, liegt eine Überschuldung vor oder wird die Eröffnung eines Vergleichs- oder Insolvenzverfahrens beantragt oder kommt der Auftraggeber mit mehreren Zahlungsverpflichtungen in Verzug, so wird die Gesamtforderung des Auftraggebers sofort fällig. Dasselbe gilt bei einer sonstigen wesentlichen wirtschaftlichen Verschlechterung des Auftraggebers. Der Auftragnehmer ist in diesen Fällen berechtigt, ausreichende Sicherheitsleistungen zu verlangen.
- 10 Abtretung / Zurückbehaltung / Aufrechnung**
10.1 Der Auftraggeber ist nicht berechtigt, Ansprüche gegen den Auftragnehmer, mit Ausnahme von Geldforderungen, ohne schriftliche Einwilligung auf Dritte zu übertragen.
10.2 Aufrechnungsrechte stehen dem Auftraggeber nur zu, wenn seine Gegenansprüche rechtskräftig festgestellt, unbestritten und vom Auftragnehmer anerkannt sind. Die Ausübung eines Zurückbehaltungs- oder Leistungsverweigerungsrechts durch den Auftraggeber ist nur berechtigt, wenn die gleichen Voraussetzungen bei Gegenansprüchen erfüllt sind oder bei Mängeln der Lieferware diese Mängel festgestellt, vom Auftragnehmer anerkannt oder vom Auftraggeber wenigstens glaubhaft gemacht sind (z.B. durch schriftliche Bestätigung einer unabhängigen, sachkundigen Person) und außerdem sein Gegenanspruch auf dem gleichen Vertragsverhältnis beruht. Aufrechnungs- und Zurückhaltungsrechte stehen dem Auftragnehmer im gesetzlichen Umfang zu.
- 11 Gewährleistung**
Bei Mängeln der Lieferung oder der Leistung gilt:
11.1 Die Gewährleistungsrechte (Mängelansprüche) des kaufmännischen Auftraggebers setzen voraus, dass dieser unverzüglich nach Erhalt der Lieferung, der vollständigen Erbringung der Leistung oder bei Abnahme der Leistung diese untersucht und etwaige sichtbare Mängel unverzüglich nach der Untersuchung bzw. versteckte Mängel unverzüglich nach deren Entdeckung unter spezifizierter Angabe des Mangels schriftlich gegenüber dem Auftragnehmer rügt (§ 377 HGB). Dies gilt auch für Werkverträge.
11.2 Mängelansprüche bestehen nicht, sofern nur unerhebliche Abweichungen von der Beschaffenheit, der zugesagten Leistung oder nur eine unerhebliche Beeinträchtigung der Brauchbarkeit vorliegen. Für Leistungsmessungen wird die DIN 8976 zugrunde gelegt. Leistungsmessungen werden nur dann vom Auftragnehmer anerkannt, wenn den Leistungsversuchen ein von ihm zu diesem Zweck entsandter Repräsentant bewohnt, wobei der Auftragnehmer sich das Recht vorbehält, die Anlage und damit verbundene Prozessabläufe zu untersuchen.
11.3 Alle diejenigen Teile oder Leistungen sind vom Auftragnehmer nach dessen Wahl unentgeltlich nachzubessern, neu zu liefern oder neu zu erbringen, die innerhalb der Mängelverjährungsfrist einen Mangel aufweisen, sofern dessen Ursache bereits zum Zeitpunkt des Gefahrübergangs vorlag.
11.4 Die Gewährleistung erstreckt sich nicht auf die Güte und Eignung der vom Auftraggeber beigegebenen Gegenstände und Materialien sowie auf die Leistungen des Personals des Auftraggebers oder von ihm beauftragter Dritter. Die Gewährleistung erstreckt sich ferner nicht auf Fehler, welche auf das Eingreifen des Auftraggebers oder von Dritten zurückzuführen sind. Für fehlerhafte Arbeiten des vom Auftraggeber bereitgestellten Personals leistet der Auftragnehmer nur dann Gewähr, wenn sie nachweislich auf fehlerhafte Anweisungen durch ihn oder die grob fahrlässige Verletzung seiner Aufsichtspflicht zurückzuführen sind.
11.5 Es wird keine Gewähr übernommen für Schäden, die aus nachfolgenden Gründen entstanden sind: Ungeeignete oder unsachgemäße Verwendung, fehlerhafte Montage bzw. Inbetriebsetzung durch den Auftraggeber oder Dritte, natürliche Abnutzung, fehlerhafte oder nachlässige Behandlung, ungeeignete Betriebsmittel, Austauschwerkstoffe, mangelhafte Bauarbeiten, ungeeigneter Baugrund, chemische, elektrochemische, elektrische oder umweltbedingte Einflüsse, sofern die Schäden nicht auf das Verschulden des Auftragnehmers zurückzuführen sind. Durch etwa seitens des Auftraggebers oder Dritter unsachgemäß vorgenommene Änderungen oder Instandsetzungsarbeiten sowie im Falle der Verletzung von Plomben wird die Gewährleistung sowie die Haftung des Auftragnehmers für die dadurch verursachten Folgen aufgehoben.
11.6 Rügt der Auftraggeber aus Gründen, die vom Auftragnehmer nicht zu vertreten sind, zu unrecht das Vorliegen eines vom Auftragnehmer zu vertretenden Mangels, so ist der Auftragnehmer berechtigt, die ihm entstandenen angemessenen Aufwendungen für die Mängelbeseitigung oder –feststellung dem Auftraggeber zu berechnen.
11.7 Ansprüche des Auftraggebers wegen der zum Zweck der Nacherfüllung erforderlichen Aufwendungen, insbesondere Transport-, Wege-, Arbeits- und Materialkosten, sind ausgeschlossen, soweit sich die Aufwendungen durch nachträgliche Verbringung des gelieferten Gegenstandes an einen anderen Ort als den ursprünglichen Liefer- oder Leistungsort (Erfüllungsort) erhöhen. Der Auftragnehmer ist berechtigt, den Auftraggeber mit derartigen Mehrkosten zu belasten.
11.8 Sachmängelansprüche des Auftraggebers verjähren in 12 Monaten ab Ablieferung, ab vollständiger Leistungserbringung oder ab Abnahme. Es gelten jedoch für Mängelansprüche die gesetzlichen Verjährungsfristen, soweit diese gesetzlich länger als 24 Monate bestimmt sind, so z.B. für Sachen, die für Bauwerke üblicherweise verwendet worden sind und dessen Beschaffenheit Mangelhaftigkeit verursacht haben (§ 438 Abs. 1 Nr. 2 b BGB), für den Rückgriffsanspruch des Auftraggebers (§ 479 Abs. 1 BGB) und für Bauten und Baumängel (§§ 634 a, 438 Abs. 1 Nr. 2 a BGB) sowie im Falle vorsätzlicher oder grob fahrlässiger Mängelverursachung und bei arglistigem Verschweigen eines Mangels. Diese Verjährungsfristen gelten auch für Mangelfolgenansprüche, die unter § 437 Nr. 3 oder § 634 Nr. 4 BGB (Schadenersatz bei Mängeln) fallen. Bedarf es aufgrund eines Mangels einer Nacherfüllung, so wird die Verjährungsfrist bis zur Nacherfüllung nur gehemmt und nicht erneut in Lauf gesetzt.
11.9 Bevor der Auftraggeber weitere Ansprüche oder Rechte (Rücktritt, Minderung, Schadenersatz, Aufwendungsersatz) geltend machen kann, ist dem Auftragnehmer zunächst Gelegenheit zur Nacherfüllung innerhalb angemessener Frist zu geben, soweit dieser keine anderslautende Garantie abgegeben hat. Nur in dringenden Fällen der Betriebssicherheit und zur Abwehr unverhältnismäßig großer Schäden, wobei der Auftragnehmer sofort zu verständigen ist, hat der Auftraggeber das Recht, den Mangel selbst oder durch Dritte beseitigen zu lassen und vom Auftragnehmer Ersatz der notwendigen Kosten zu verlangen. Schlägt die Nacherfüllung trotz wenigstens zweimaligem Nacherfüllungsversuch fehl, ist die Nacherfüllung unmöglich, verwirft der Auftragnehmer diese oder ist sie dem Auftragnehmer unzumutbar, so kann der Auftraggeber vom Vertrag zurücktreten oder die Vergütung herabsetzen (mindern). Für die Geltendmachung von Schadenersatzansprüchen durch den Auftraggeber gilt Ziff. 12.3 dieser Bedingungen. Die Geltendmachung weitergehender Ansprüche und Rechte gegen den Auftragnehmer oder dessen Erfüllungsgehilfen wegen eines Sachmangels ist ausgeschlossen.
11.10 Für Rechtsmängel gilt zusätzlich:
Sofern nichts anderes vereinbart ist, ist der Auftragnehmer lediglich verpflichtet, die Lieferung oder die Leistung im Lande des Liefer-/Leistungsortes frei von Rechten Dritter zu erbringen.
11.11 Im Falle einer vom Auftragnehmer zu vertretenden Verletzung von Schutzrechten Dritter kann dieser nach seiner Wahl entweder auf eigene Kosten ein für die vereinbarte oder vorausgesetzte Nutzung ausreichendes Nutzungsrecht erlangen und gewähren oder die Liefersache so ändern, dass das Schutzrecht nicht verletzt wird, oder die Liefersache austauschen, soweit hierdurch die vereinbarte oder vorausgesetzte Nutzung des Liefergegenstandes durch den Auftraggeber nicht beeinträchtigt wird. Ist dem Auftragnehmer dies nicht möglich oder unzumutbar, so stehen dem Auftraggeber die gesetzlichen Ansprüche und Rechte zu. Für Ansprüche auf Schadenersatz gilt Ziff. 12.3.
11.12 Die Erfüllung dieser Verpflichtung aus Ziff. 11.11 durch den Auftragnehmer setzt voraus, dass der Auftraggeber den Auftragnehmer unverzüglich über Ansprüche aus Schutzrechten, die Dritte gegen ihn erheben, unterrichtet und bei der Behandlung dieser Ansprüche und der Verfolgung seiner Rechte im Einvernehmen mit dem Auftragnehmer vorgeht; wird eine dieser Voraussetzungen nicht erfüllt, so wird der Auftragnehmer von seiner Verpflichtung befreit.
11.13 Ebenso haftet der Auftragnehmer nicht für die Verletzung fremder Schutzrechte für einen Liefergegenstand, der nach Zeichnungen, Entwicklungen oder sonstigen Angaben des Auftraggebers gefertigt ist. Der Auftraggeber hat den Auftragnehmer in diesem Fall von Ansprüchen Dritter freizustellen.
11.14 Nimmt der Auftraggeber Veränderungen an dem Liefergegenstand, dem Einbau von Zusatzeinrichtungen oder der Verbindung des Liefergegenstandes mit anderen Geräten oder Vorrichtungen vor und werden dadurch Schutzrechte Dritter verletzt, entfällt die Haftung des Auftragnehmers.
11.15 Gebrauchte Gegenstände liefert der Auftragnehmer unter Ausschluss jeder Gewährleistung.
- 12 Haftung / Schadenersatz**
12.1 Die Geltendmachung von Mangelschäden aufgrund von Mängeln der dem Auftraggeber geschuldeten Leistungen ist ausgeschlossen, es sei denn, der Auftragnehmer hätte die Mängel vorsätzlich, grob fahrlässig oder durch fahrlässige erhebliche Pflichtverletzung verschuldet. Die Geltendmachung von Mangelfolgenansprüchen, insbesondere entgangenen Gewinns, aufgrund solcher Mängel ist ausgeschlossen, soweit der Auftragnehmer den Mangel nur leicht fahrlässig oder unverschuldet verursacht hat. Dies gilt insbesondere, wenn der Auftragnehmer eine Nacherfüllung aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, nicht durchführen kann. Diese Haftungsbeschränkung gilt auch für Aufwendungsersatzansprüche des Auftraggebers aufgrund von Mängeln.
12.2 Ansonsten sind Ersatzansprüche auf Schäden und Aufwendungen (im Folgenden „Schaden“) des Auftraggebers, gleich aus welchen Rechtsgründen, insbesondere wegen Verletzung von Pflichten aus dem Schuldverhältnis und aus unerlaubter Handlung, ausgeschlossen.
12.3 Vorstehende Haftungsbeschränkungen gelten nicht für Ansprüche gemäß §§ 1 und 4 Produkthaftungsgesetz, in Fällen des Vorsatzes oder der groben Fahrlässigkeit, für Verletzung des Lebens, Körper- und Gesundheitsschäden, wegen der Übernahme einer Garantie für das Vorhandensein einer Eigenschaft (Beschaffenheitsgarantie) oder bei der fahrlässigen erheblichen Verletzung der Pflichten des Auftragnehmers. Die Haftung des Auftragnehmers bei Fahrlässigkeit ist jedoch auf den vertragstypischen, vorhersehbaren Schaden beschränkt, soweit nicht eine Verletzung des Lebens, ein Körper- oder Gesundheitsschaden oder eine Garantie für das Vorhandensein einer Eigenschaft vorliegt oder etwas anderes vereinbart wurde.
12.4 Eine Änderung der gesetzlichen Beweislast ist mit den Regelungen in Ziff. 12.3 nicht verbunden.
- 9.6 If the ordering party stops its payments, is overloaded by debts, or if a petition for insolvency or bankruptcy proceedings is filed, or if the ordering party is in default with several financial obligations, the total claim of the contractor becomes due immediately. The same applies in the event of any other serious deterioration of the commercial situation of the ordering party. In such cases the contractor has the right to demand the lodging of adequate security.
- 10 Assignment, withholding delivery, offset**
10.1 With the exception of monetary claims, the ordering party is not entitled, without written agreement, to transfer claims against the contractor to third parties.
10.2 The ordering party can assert offset rights only, if its counterclaims are legally valid, undisputed or recognised by the contractor. The ordering party can exercise its right of retention or its right of refusal to perform only, if the same preconditions are fulfilled in the case of counterclaims, or, in the case of defective delivery items, if such defects have been established and recognized by the contractor, or at least satisfactory evidence has been furnished by the ordering party (for instance in the form of a written confirmation issued by an independent and qualified person), and, if apart from this, its counterclaim is based on the same contractual relationship. The contractor has the right to assert his offset right and right of retention within the legal scope.
- 11 Warranty**
In the event of defective deliveries or services, the following applies:
11.1 The laws of warranty (defect claims) of the commercial ordering party require that the ordering party, immediately upon taking delivery, upon completion of the performance of the service or when accepting the service, carries out an inspection reporting to the contractor any obvious defects immediately upon completion of the inspection, or any concealed defects immediately after their discovery, specifying in writing the nature of the defect (article 377 of the German Commercial Code). The same applies to work contracts.
11.2 Defect claims are not warranted in the event of merely insignificant deviations from the quality description, from the promised service, or in the presence of only insignificant impairment of the usefulness. Performance measurements are based on DIN 8976. Performance measurements will only be recognized by the contractor, when the performance tests are carried out in the presence of a representative delegated by the contractor for this purpose, with the contractor reserving the right to check the plant and the associated process sequences.
11.3 The contractor, according to our choice, has to rework, to replace or to provide again, free of charge, all parts or services showing a defect within the defect limitation period, provided the cause of the defect was already present at the time of the passage of risk.
11.4 The warranty does not cover the quality or suitability of items and materials provided by the ordering party, or the performance of the personnel of the ordering party, or third parties acting on its behalf. The warranty furthermore does not cover faults resulting from the interference of the ordering party or of third parties. The contractor will warrant faulty work of the personnel provided by the ordering party only, if such work is demonstrably the result of incorrect instructions given by the contractor, or due to grossly negligent violation of his supervisory duty.
11.5 No warranty is accepted for damage resulting from the following causes:
Unsuitable or incorrect use, incorrect assembly or commissioning by the ordering party or third parties, natural wear, misuse or negligent use, unsuitable operating material, unsuitable replacement materials, faulty construction work, unsuitable building ground, chemical, electro-chemical, electric or environmental influences, unless the damage is caused due to a mistake committed by the contractor. No warranty is granted, or liability accepted by the contractor for the consequences caused by incorrectly performed modification or overhaul operations by the ordering party or third parties, or in the case of broken lead seals.
11.6 If, for any reasons beyond the control of the contractor, the ordering party unjustly complains about a defect for which the contractor is responsible, the contractor has the right to invoice the customer for expenses incurred by him in the rectification or establishment of the defect.
11.7 Claims of the ordering party relating to expenses incurred in retroactive rectifications, especially costs covering transportation, travel, labour and material are excluded if such costs are increased by subsequent transportation of the delivered item to a place other than that originally agreed as place of delivery or performance (place of execution). The contractor has the right to invoice such extra costs to the ordering party.
11.8 Liability claims for defects by the ordering party are barred after 12 months calculated from the date of the passing of risk, from the date of completion of performance of service, or from the date of acceptance. Defect claims, however, are subject to the legal periods of limitation where these legally extend beyond 24 months, as for example for materials customarily used for building purposes and whose properties have caused a defect (article 438, para. 1, no. 2b, German Civil Code), for the right of recourse of the ordering party (article 479, para. 1, German Civil Code) and for building and constructional defects (articles 634 a, 438, para. 1, no. 2a, German Civil Code), as well as in the case of intention and gross negligence, and in the case of malicious silence with regard to a defect. Such periods of limitation also apply to consequential damage caused by a defect and covered by article 437, no. 3 or article 634, no. 4, German Civil Code (indemnification in the event of defects). If a retroactive remedy is required on account of a defect, the period of limitation is only held in abeyance until the retroactive remedy has been carried and will not recommence.
11.9 Before the ordering party can put forth further claims or rights (withdrawal, reduction, damages, indemnification for expenses), the contractor has to be given the opportunity for retroactive performance within a reasonable period of time, unless the contractor has given guarantees to the contrary. Only in urgent cases of operational safety or as protection against excessive damage, and after immediately notifying the contractor, has the ordering party the right to remedy the defect itself or have it remedied by a third party and be reimbursed by the contractor for the necessary costs involved. If the retroactive performance fails despite two attempts being made, if it proves impossible to be carried out, if the contractor refuses its execution, or if the contractor cannot reasonably be asked to carry it out, the ordering party has the right to terminate the contract or to reduce payment. The assertion for claims for damages by the ordering party is covered by section 12.3. of these conditions. The assertion of further claims or rights against the contractor or his assistants because of a redhibitory defect is excluded.
11.10 In the case of legal infirmities the following also applies:
If not otherwise agreed, the contractor is obliged to perform the delivery or service in the country of the place of delivery/performance free from any rights of third parties.
11.11 In the event of an infringement of an industrial property right of a third party, for which the contractor is responsible, he has the option of either obtaining and granting, at his own expense, the right of use for the agreed or intended use, or to alter the delivered item in such a way that the industrial property right is not infringed, or to change the delivered item, provided this will not impair the agreed or intended use of the delivered item by the ordering party. If this is not possible for the contractor, or cannot be reasonable asked of him, the ordering party is entitled to its legal claims and rights. Claims for damages are covered by section 12.3.
11.12 The performance of this obligation by the contractor presupposes that the ordering party notifies the contractor, without delay, about any claims made by third parties against him resulting from industrial property rights, and that the ordering party, in dealing with such claims and pursuing its right, acts in concert with the contractor. If any of these preconditions is not met, the contractor will be freed from his obligation.
11.13 Nor is the contractor liable for the infringement of industrial property rights of third parties in connection with a delivered item that was manufactured to drawings, developments or other data of the ordering party. The ordering party in this case has to hold harmless the contractor against the claims of third parties.
11.14 If the ordering party alters the delivery item, or auxiliary installations, or the connection of the delivery item with other devices or facilities thus infringing the industrial property rights of third parties, no liability is due on the part of the contractor.
11.15 Used items supplied by the contractor are excluded from any warranty.
- 12 Liability / Damages**
12.1 The assertion of damages owing to a defect in the services owed to the ordering party is excluded, unless the contractor has caused the defect deliberately, or by gross negligence, or by grossly violating his professional ethics. The assertion of consequential damage due to a defect, especially with regard to loss of revenue because of such defects, is excluded if the contractor has caused the defect in only a slightly negligent manner, or has caused it through no fault of his own. This applies specifically, if the contractor, for reasons beyond his control, is unable to offer retroactive performance. This limitation of liability also applies in the case of claims by the ordering party for the repayment of expenses incurred owing to defects.
12.2 Excluded are claims for compensation and expenses (in the following referred to as "Damage") by the ordering party, no matter for what legal reason, specifically because of violation of obligations resulting from the obligatory relation and from an unlawful act.
12.3 The above limitations of liability do not apply to claims according to articles 1 and 4 of the product liability law, in cases of intent or gross negligence, to injuries to life, limb and health due to the assumption of a guarantee for the existence of a property (quality guarantee), or in the event of grossly negligent violation of the obligations of the contractor. The liability of the contractor in the event of negligence is limited, however, to the agreement-typically foreseeable damage, unless an injury to life, limb or health, or the guarantee for the existence of a property is involved, or some other arrangement has been made.
12.4 The legal onus of proof does not change under the provisions contained in article 12.3.

- 12.5 Soweit die Haftung des Auftragnehmers ausgeschlossen oder beschränkt ist, gilt dies auch für die persönliche Haftung seiner Angestellten, Arbeitnehmer, Mitarbeiter, Vertreter und Erfüllungsgehilfen.
- 12.6 Die Verjährung der Ansprüche zwischen dem Auftragnehmer und dem Auftraggeber richtet sich nach Ziff. 11.8 dieser Bedingungen, soweit nicht Ansprüche aus der deliktischen Produzentenhaftung (§§ 823 ff. BGB) und dem Produkthaftungsgesetz betroffen sind.
- 12.7 Der Auftraggeber hat durch geeignete und zumutbare Sicherheitsmaßnahmen, insbesondere durch Überwachung, sicherzustellen, dass ein etwaig durch die Lieferungen oder Leistungen des Auftragnehmers eintretender Schaden so gering wie möglich gehalten wird.
- 13 Geheimhaltung**
- 13.1 Beide Parteien haben alle Unterlagen und Informationen, die sie bei und in Erfüllung eines Vertrages erhalten, solange vertraulich zu behandeln, wie sie nicht allgemein bekannt geworden sind.
- 13.2 Diese Pflichten bleiben auch nach Beendigung eines Vertrages bestehen und sind bei zulässiger Weitergabe von Unterlagen und Informationen an Dritte auch diesen aufzuerlegen.
- 14 Gerichtsstand / Anwendbares Recht**
- 14.1 Ausschließlicher Gerichtsstand beider Parteien für sämtliche sich unmittelbar oder mittelbar aus dem Vertragsverhältnis ergebende Streitigkeiten – auch aus Urkunden, Wechseln und Schecks – ist bei Vollkaufleuten Elmshorn. Der Auftragnehmer bleibt jedoch – nach seiner Wahl – berechtigt, Ansprüche gegen den Auftraggeber auch vor dem Gericht geltend zu machen, in dessen Zuständigkeitsbereich sich der Wohnort, der Sitz oder Vermögen des Auftraggebers befindet.
- 14.2 Es gilt deutsches Recht unter Ausschluss des UN-Kaufrechtes (UNCITRAL/CISG)
- 15 Teilunwirksamkeit**
- Sind oder werden einzelne Bestimmungen eines Vertrages über Lieferungen und Leistungen, dessen Bestandteil diese Bedingungen sind, unwirksam, so wird dadurch die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen des Vertrages nicht berührt.
- 16 Verbraucherschlichtung**
- Die Littau GmbH beteiligt sich nicht an Verbraucherschlichtungsverfahren nach dem Verbraucherstreitbeilegungsgesetz.
- Bei Streitigkeiten über den geschlossenen Vertrag und dessen Ausführung können Sie sich an die Vermittlungsstelle der Handwerkskammer Lübeck, Breite Straße 10-12, 23552 Lübeck, E-Mail: vermittlungsstelle@hwk-luebeck.de wenden.
- 12.5 As far as the liability of the contractor is excluded or limited, the same applies to the individual liability of the employees, representatives and assistants of the contractor.
- 12.6 The statutory limitation of the claims between the contractor and the ordering party is governed by article 11.8 of these conditions, as long as no claims relating to the delictual producer liability (article 823 ff. German Civil Code) and the product liability law are affected.
- 12.7 The ordering party, by taking suitable and reasonable safety measures, especially supervising measures, ensures that any possible damage caused by a delivery or service by the contractor is kept to a minimum.
- 13 Confidentiality**
- 13.1 As long as not part of the public domain, both parties undertake to treat as confidential all documents and information they have gained access to in the course of the execution of the agreement.
- 13.2 This obligation remains in force after the termination of the agreement, and in the event of an admissible submission of documents and information to third parties has also to be imposed on such third parties.
- 14 Jurisdiction / Governing law**
- 14.1 Exclusive jurisdiction for both parties for all disputes arising directly or indirectly in connection with this agreement – also in connection with documents, bills and cheques – is Elmshorn, Germany. The contractor has the option, however, to assert his claims against the ordering party at a law court in whose jurisdiction the residence, offices or assets of the ordering party are located.
- 14.2 This agreement is governed by the German law excluding the UN-purchasing right (UNCITRAL/CISG).
- 15 Partial ineffectiveness**
- If individual provisions of an agreement relating to deliveries and services become inapplicable, the effectiveness of the remaining provisions of the agreement will not be affected.
- 16 Consumer arbitration**
- Littau GmbH does not participate in consumer arbitration proceedings under the Consumer Dispute Settlement Act.
- In the event of disputes regarding the concluded contract and its execution, you can contact the mediation office of the Chamber of Crafts Lübeck, Breite Straße 10-12, 23552 Lübeck, email: vermittlungsstelle@hwk-luebeck.de.